Heute „Technische Rundschau"

Morgen-Ausgabe

Mit „Technische Rundschau" 20 Pfg.

Erscheint wöchentl. zwölfmal. Illustr. Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel", „Modenspiegel", „Kunstspiegel", „Technische Rundschau", „Sportspiegel", „Illustrierte Film-Zeitung", „Photo-Spiegel", „U.T.R.", „Haus Hof Garten" mit „Jugendspiegel", „Jede Woche Musik". Bezugspreis: wöchentlich 1.20, monatlich 5 RM einschl. Zustellung durch die Botenfrau, im voraus zahlbar; durch die Post 5 RM monatlich exkl. Zustellung. Auslands-Bezug durch die Hauptexpedition und die Postanstalten in Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexped. SW. 19, Jerusalemer Straße 46—49 und den nebenstehend aufgeführten Filialen. (Fernsprecher: Dönhoff 5440—3462, für den Fernverkehr 4207—4209.) Telegramm-Adresse: „Berlibla", Berlin. Rudolf Mosse-Code — Postscheckkonto: Berlin Nr. 524. Anzeigenpreis: Die 12gespalt. Zeile 1.20 RM. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 59; Königstraße 50/57; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 67/68; Rathenower Straße 8; Turmstraße 61; Schiffbauerdamm 4; Kochstraße 9; Große Frankfurter Straße 101; Frankfurter Allee 286 und 340; Pückerstraße 69; Fidicinstraße 9; Wiener Straße 1,6; Greifswalder Straße 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2; Kantstraße 34; Scharrenstr. 39; Nürnberger Str. 23/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee: Grunewald: Hennettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/248; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21 2; Cüstrin: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Mönchenstr. 31.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 90
Ausgabe für Berlin

und Handels-Zeitung

56. Jahrgang
Mittwoch, 23. Februar 1927

Reinhold antwortet.

Der Erfolg des Steuerabbaus.

Von

Dr. Peter Reinhold,

Reichsminister der Finanzen a. D.

Die Deutschnationalen und die ihnen durch die gegenwärtige Regierungskoalition neu erstandenen Helfer haben, als sie im Reichstag und in der Presse ihre Angriffe gegen die steuervermindernde, für das deutsche Wirtschaftsleben so heilkräftig gewordene Finanzpolitik Dr. Reinholds richteten, offenbar erwartet, daß der bisherige Reichsfinanzminister, der sich auf einer Reise im Ausland befindet, ihnen nicht würde antworten können. In dieser Erwartung haben sie sich getäuscht. Wir haben uns mit Dr. Reinhold, der in diesen Tagen in Pontresina weilte und inzwischen nach Italien weitergefahren ist, in Verbindung gesetzt, und er hat uns den hier folgenden Artikel zugehen lassen, in dem er mit seinen Gegnern klar und deutlich abrechnet. Die zweite Rede seines Nachfolgers lag ihm noch nicht vor. Aber was er in seinem Artikel sagt, trifft auch diese Rede des Herrn Reichsfinanzministers Köhler, der ja einem Teil jener gänzlich ungerechtfertigten Kritik übernommen hat.

Die Redaktion des „Berliner Tageblatts".

Nachdem vom Herbst 1926 an aus den monatlichen Einnahmeausweisen des Reiches klar zu erkennen war, daß trotz der Steuersenkung der Reichsetat im Gleichgewicht gehalten wurde, hatten die Deutschnationalen ihre Angriffe gegen meine Finanzpolitik eingestellt, und der jetzige Justizminister Hergt, der der Führer im Streit gewesen war, hatte im Hauptausschuß loyalerweise erklärt, daß er sich getäuscht habe, und daß ich, „von Glück begünstigt", recht behalten hätte.

Leider hat die Einsicht der Deutschnationalen nur so lange vorgehalten, wie ich im Reichstag persönlich Rede und Antwort stehen konnte. Nachdem mir das unmöglich geworden ist, hat der Abgeordnete Oberfohren die alten Angriffe seiner Partei wieder aufgenommen, und zwar mit Behauptungen, von denen er als Kenner unseres Finanzwesens (als welchen seine Parteifreunde ihn ja zum Reichsminister der Finanzen machen wollten) wußte oder wissen mußte, daß ich sie, wäre ich zur Stelle gewesen, sofort mühelos widerlegt hätte.

So hatte er, da mein Nachfolger sich nicht erhob, um die falschen Auffassungen und Ziffern seines deutschnationalen Koalitionsfreundes richtig zu stellen, gegen den Abwesenden leichtes Spiel. Auch ein ritterliches?

Worum geht der Streit? Als ich im Februar 1926 die deutsche Steuerlast um eine halbe Milliarde erleichterte, stellten das die Deutschnationalen als eine Bankrottpolitik hin, die spätestens im Herbst 1926 zum Zusammenbruch der Reichsfinanzen führen und uns in eine heillose Defizitwirtschaft hineintreiben müßte.

Und was ist geschehen? Obwohl ich für die Liquidationsgeschädigten 100 Millionen mehr zur Verfügung gestellt und die zweimalige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung voll auf die Reichskasse übernommen habe, wird der Abschluß für das Etatsjahr 1926 statt des prophezeiten Riesendefizits einen Ueberschuß von schätzungsweise 200 Millionen ergeben. Gibt es einen eindeutigeren und klareren Beweis, nicht nur für die Richtigkeit, sondern für die Notwendigkeit der Steuersenkung, als dieses unbestreitbare Ergebnis? Hätte ich — um nur die wichtigsten Maßnahmen zu nennen — die Luxussteuer nicht aufgehoben, die Umsatz- und Vermögenssteuer nicht um ein Viertel herabgesetzt, die Fusions- und Börsenumsatzsteuer nicht auf ein wirtschaftlich erträgliches Maß reduziert, so wäre auch im Jahre 1926 wieder ein Ueberschuß von etwa 700 Millionen entstanden, der nicht nur die Wirtschaft und die konsumierende Bevölkerung unnötig hoch belastet, sondern auch im In- und Auslande ein ganz falsches Bild über unsere finanzielle Leistungsfähigkeit gegeben hätte. Die öffentlichen Kassen wären weiter bis zum Ueberfluß gefüllt worden (wodurch eine ganz ungesunde Ausgabenwirtschaft gerade groß gezüchtet wird), während auf der anderen Seite die Kapitalarmut der Wirtschaft mit allen ihren bedenklichen Folgen für die gesamte Bevölkerung verstärkt worden wäre.

Indessen: Seit das prophezeite Defizit nicht eingetreten ist, hat man ein neues Schlagwort gefunden: Ich hätte nur deshalb das Budget im Gleichgewicht halten können, weil ich die angesammelten Reserven von 500 Millionen aufgebraucht hätte. Eine völlig unwahre Behauptung! Wenn sie wiederholt werden sollte, werde ich vom jetzigen Reichskabinett Befreiung von meiner amtlichen Schweigepflicht erbitten, um Mark für Mark nachzuweisen, welche Reserven ich vorgefunden habe und wie es bei meinem Ausscheiden aus dem Amte damit stand. Für heute sei nur das eine gesagt: Ich habe keinen Pfennig dieser stillen Reserven zur Deckung von Ausgaben des öffentlichen Budgets benutzt. Dagegen habe ich etwas anderes getan: Ich habe die angesammelten Gelder, die nutzlos dem Kapitalmarkt entzogen waren und lediglich dem Geldmarkt in durchaus nicht immer erwünschter Weise zur Verfügung standen, wieder der wirtschaftlichen Kapitalbildung zugeführt: alles in Form verzinslicher und rückzahlbarer Reichsdarlehen; für den Wohnungsbau, für das Investitionsprogramm der Reichsbahn, für landwirtschaftliche Kredite und andere produktive Zwecke.

Ich habe also die Reserven des Reiches nicht aufgebraucht — was bei den infolge der Wirtschaftsbelebung von Monat zu Monat stärker fließenden Steuereinnahmen auch durchaus unnötig war (selbst die etatisierten offenen Ueberschüsse von 1924 und 1925 werden höchstens teilweise gebraucht werden), sondern lediglich diese nutzlosen und eher schädlichen Kassenbestände verzinslich und rückzahlbar für das Reich angelegt, wobei ich diese Anlagen in Zusammenarbeit mit dem Wirtschafts- und Arbeitsministerium in erster Linie nach den entscheidenden Gesichtspunkten der Wirtschaftsbelebung und der Zinsverbilligung vorgenommen habe.

Das konnte ich tun, weil ich auf die Liquidität der Reichskasse keinen entscheidenden Wert mehr zu legen brauchte, nachdem ich durch die Aenderung des Bankgesetzes die Möglichkeit geschaffen hatte, bis zu 400 Millionen Reichsschatzwechsel zu begeben, eine Möglichkeit, von der ich bekanntlich nicht ein einziges Mal habe Gebrauch machen müssen und die auch für meinen Nachfolger als Reserve zur Verfügung steht, die übrigens bei vernünftiger Ausgabenwirtschaft in absehbarer Zeit nicht ausgenutzt zu werden braucht.

Die Legende von den aufgebrauchten 900 Millionen Reserven ist also völlig haltlos. Wenn Deutschnationale und Zentrum damit ihre früheren Sünden der Ueberbesteuerung bemänteln und die Politik der Lastenerleichterung, die ein nicht ihrer Partei angehöriger Minister durchgeführt hat, herabsetzen wollen, vergewaltigen sie die Tatsachen.

Als zweiten Grundsatz hat er, Oberfohren, proklamiert, ich hätte nicht Steuern abbauen, sondern weiter Reserven für die kommenden schweren Jahre ansammeln sollen. Was ist das anders als Thesaurierungspolitik? Ich halte dieses System nach wie vor für völlig verfehlt: seine unheilvolle Wirkung für die Vergangenheit ist erwiesen, für die Zukunft mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit anzunehmen.

Ansammlung von Reserven in der öffentlichen Hand muß bei unseren parteipolitischen Verhältnissen im Innern zur unsoliden Ausgabenwirtschaft führen: nach außen aber täuscht sie eine Prosperität und Leistungsfähigkeit vor, die nur scheinbar ist und mit der Erschwerung der Wirtschaft und der Herabdrückung des Lebensniveaus der Massen erkauft wird. Und mit Rücksicht auf die steigenden Dawes-Lasten begründet wirkt die Forderung nach Reservenansammlung im Munde der Deutschnationalen geradezu grotesk: nachdem jahrelang die Parteien geschmäht worden sind, die den Dawes-Pakt unterschrieben und loyal durchgeführt haben, sollen jetzt ohne Rücksicht auf unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Reserven angesammelt werden, um für später eine Erfüllungspolitik um jeden Preis treiben zu können? Das ist Wahnsinn, der nicht einmal Methode hat.

Der Etat für 1927 ist nach dem Grundsatz aufgestellt, den ich in Dresden formuliert habe: „Hart an der Grenze des Defizits hinzustreifen." Ich bekenne mich rückhaltlos zu dem Gedanken, daß es bei der Lage unserer Wirtschaft erträglicher ist, einmal in schlechten Jahren ein mäßiges Defizit in Kauf zu nehmen, als dauernd mit hohen Ueberschüssen zu arbeiten. Wie steht es für 1927? Wer die Einnahmeausweise des Reichs zu lesen versteht — ich verweise insbesondere auf die neuesten Januarziffern, die eine Rekordeinnahme gebracht haben —, wird ohne weiteres erkennen, daß die Einnahmeschätzungen, zum mindesten für die Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer, vorsichtig sind: daß die Einnahmen in ihrer Gesamtheit den Voranschlag, der im Oktober vorigen Jahres aufgestellt wurde, überschreiten werden, ist nach den letzten Ausweisen in hohem Grade wahrscheinlich. Von einer zu hohen Schätzung der Einnahmen kann also auf keinen Fall die Rede sein. Aber die vermeintlichen Mehreinnahmen werden gebraucht für die von mir im Dezember in Aussicht gestellte Reform der Beamtengehälter und für die infolge des ungünstigen Haager Schiedsspruches vom 25. Januar nötig gewordene Nachentschädigung, vermutlich auch, wenn nach der monatelangen Regierungskrise und bei der neuen politischen Konstellation die Verabschiedung des Erwerbslosenversicherungsgesetzes bis zum 1. April nicht mehr möglich ist — was im Oktober noch nicht anzunehmen war —, zur Erhöhung der für die Erwerbslosenfürsorge etatisierten Beträge. So gleichen sich durch die Veränderungen seit der Aufstellung des Etats Plus und Minus etwa aus. Insgesamt ist der Etat für 1927, wie ich dies im Hauptausschuß im Januar schon betont habe, zwar äußerst angespannt, aber wenn eine vernünftige Ausgabewirtschaft betrieben wird und außer den zwangsläufigen Erhöhungen jede andere Vermehrung der Reichslasten vermieden wird, ist der Haushaltsplan nicht scheinbar, sondern tatsächlich im Gleichgewicht, falls keine neue Wirtschaftskrise über Deutschland hereinbricht.

Ein Wort zum Schluß über Steuersatz und Steuerertrag. Ich habe in Dresden gesagt, daß Reduzierung von Steuern, die durch ihre Höhe prohibitiv wirken, auf ein wirtschaftlich erträgliches Maß die Einnahmen für den Fiskus durch die eintretende Geschäftsbelebung steigern könne, und habe speziell auf die Fusionssteuer und die Börsenumsatzsteuer oder die Wertzuwachssteuer der Gemeinden exemplifiziert. Ich glaubte, erwarten zu können, daß man mich nicht, wie dies infolge einer wenig angebrachten Aeußerung meines Nachfolgers in der gegnerischen Presse geschehen ist, als so töricht hinstellen würde, daß ich geglaubt hätte, durch die Senkung der Umsatzsteuer von 1 Prozent auf ¾ Prozent würden die Umsätze in Deutschland plötzlich um mehr als 30 Milliarden Mark steigen, was nämlich nötig wäre, wenn der Steuerertrag trotz der Senkung der gleiche bleiben sollte. Weiß Herr Dr Köhler nicht, daß ich die Umsatzsteuer genau mit ¾ der bei dem Satz von 1 Prozent von meinem Vorgänger geschätzten Summen etatisiert habe, mir die Ungereimtheit, die mir unterstellt wird, also völlig fernlag? Nur eine Hebung der allgemeinen Wirtschaftslage, auf die alle meine Maßnahmen hinarbeiteten, bringt allmählich eine gesunde und erfreuliche Steigerung der Einnahmen des Staates: daß zeigt sich auch seit einigen Monaten bei der Umsatzsteuer, die im Quartalsmonat Januar 1927

Revolte in Schanghai.

Ein meuterndes chinesisches Kanonenboot beschießt das Fremdenviertel.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **London**, 22. Februar.

Die Ereignisse in Schanghai haben plötzlich eine ernste Entwicklung genommen. Auf einem im Hafen liegenden chinesischen Kanonenboot brach unerwartet eine Revolte aus, worauf die Besatzung des Kanonenbootes mit dem Bombardement Schanghais begann. 12 Geschosse sind in die französische Siedlung und in das benachbarte Chinesenviertel gefallen. Fremde sollen nicht getötet worden sein. Das Bombardement, das um 6 Uhr 10 Minuten chinesischer Zeit einsetzte, war gegen das berühmte Arsenal Kiangnan gerichtet, in dem sich so gut wie die gesamte Munition der Armee Sun befindet. Wäre das Arsenal getroffen worden, so wäre der Schaden unübersehbar gewesen. Die ausländischen Truppen wurden sofort mobilisiert und mit Munition versehen. Man fürchtete zuerst, daß das Geschützfeuer von der Avantgarde der Kantonarmee herstamme, bis man seine wahre Quelle entdeckte. Gleichzeitig mit dem Bombardement brach ein Aufruhr in dem an die französische Konzession grenzenden Gebiete aus. Es verlautet, daß die bisher dem Marschall Sun treue chinesische Polizei zu den Kantonesen übergehen werde.

(Siehe auch Seite 4.)